

4. Bundesbeschluss III über den Voranschlag 2004 des Bereiches der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Bereich)
4. Arrêté fédéral III concernant le budget du domaine des écoles polytechniques fédérales (domaine des EPF) pour l'année 2004

Art. 1 Abs. 1*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 1 al. 1*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

02.091

**Zivile friedensfördernde Massnahmen im Rahmen des VBS.
Rahmenkredit**

**Mesures relatives à la promotion civile de la paix au DDPS.
Crédit-cadre**

*Differenzen – Divergences*Botschaft des Bundesrates 09.12.02 (BBI 2003 622)
Message du Conseil fédéral 09.12.02 (FF 2003 561)Nationalrat/Conseil national 20.03.03 (Erstrat – Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 02.10.03 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 16.12.03 (Differenzen – Divergences)

**Bundesbeschluss über einen Rahmenkredit für zivile friedensfördernde Massnahmen im Rahmen des VBS
Arrêté fédéral concernant l'ouverture d'un crédit-cadre pour des mesures relatives à la promotion civile de la paix au DDPS**

Art. 1*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Schmid Samuel, Bundesrat: Wir sind mit der Fassung des Ständerates einverstanden.

Angenommen – Adopté

02.076

**Massnahmen zur zivilen Konfliktbearbeitung und Menschenrechtsförderung.
Rahmenkredit**

**Mesures de gestion civile des conflits et de promotion des droits de l'homme.
Crédit-cadre**

*Differenzen – Divergences*Botschaft des Bundesrates 23.10.02 (BBI 2002 7975)
Message du Conseil fédéral 23.10.02 (FF 2002 7395)Nationalrat/Conseil national 20.03.03 (Erstrat – Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 30.09.03 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 16.12.03 (Differenzen – Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 17.12.03 (Differenzen – Divergences)

Gysin Remo (S, BS), für die Kommission: Zur Diskussion steht noch der Betrag des Rahmenkredites: 240 Millionen Franken nach der bisherigen Meinung unseres Rates. Die Mehrheit der Kommission will daran festhalten. Wir haben dazu einen Eventualantrag von 220 Millionen – er ist neu eingereicht worden –, und wir haben die Variante des Ständerates, der für den Rahmenkredit einen Betrag von 200 Millionen vorsieht.

Da ein grosser Teil unserer Kolleginnen und Kollegen beim Einstieg in die Debatte nicht dabei war, möchte ich daran erinnern, dass Friedenspolitik ein Kerngebiet unserer Politik insgesamt ist. Wir haben gemäss der Präambel unserer Verfassung die Pflicht, «Frieden in Solidarität und Offenheit gegenüber der Welt zu stärken». In der Verfassung haben Sie in Artikel 2 eine Unterstreichung dieses Auftrages: Eine «friedliche und gerechte internationale Ordnung» ist anzustreben. In Artikel 54 gibt es noch einmal eine Verstärkung, die besagt, der Bund habe «zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen» beizutragen.

Die Umsetzung dieser Verfassungsartikel läuft bisher intensiv, ohne gesetzliche Grundlage – zu dieser kommen wir noch. Ich möchte an die Friedensbemühungen der Schweiz eigentlich überall auf der Welt erinnern, aktuell im Sudan, in Kolumbien, Sri Lanka, Nordkorea, Afghanistan, Südosteuropa; auch andere Konflikttherde wären hier in Erinnerung zu rufen. Die Hilfe und Unterstützung erfolgt vielfältig, bilateral und auch multilateral, z. B. im Rahmen der Uno. Sie erfolgt in Form von Massnahmen wie Menschenrechtsdialogen, Expertenpools für Friedensförderung, durch Sonderbotschafter für Konfliktbearbeitung usw. Die Zielgruppen in der Friedensförderung sind u. a. besonders verletzliche Personen wie Kinder, Frauen, ältere Personen, Minderheiten, Flüchtlinge und Gefangene; ihr Schutz steht im Vordergrund.

Thematische Schwerpunkte sind die Konfliktbearbeitung einschliesslich Verhandlungs- und Mediationstechniken, dann auch die Dezentralisierung der Macht, Machtverteilung, Minderheitenschutz, Grundrechtsschutz, schliesslich die menschliche Sicherheit, Kleinwaffenproliferation, humanitäre Entminierung, dann die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht in Konfliktgebieten. Sie sehen aus dieser stichwortartigen Aufzählung, wie intensiv wir, die Schweiz, daran arbeiten. Dazu brauchen wir auch die entsprechenden Mittel.

Die Mehrheit der APK empfiehlt Ihnen, den Betrag von 240 Millionen Franken bereitzustellen. Der Bund braucht diese Mittel, und wir sollten sie ihm auch geben.

Schmied Walter (V, BE), pour la commission: Je serai bref et éviterai de me répéter pour ne pas reprendre les propos de notre collègue Gysin Remo. Il s'agit donc ici de discuter du crédit-cadre et, après coup, nous mènerons encore la

discussion sur le projet de loi 02.077 qui est en fait à l'origine de la demande de ce crédit-cadre; j'espère que vous arrivez à suivre malgré cette incohérence.

La divergence ici est de nature financière. Elle porte sur un montant de 40 millions de francs que le Conseil des Etats souhaite retrancher aux 240 millions de francs proposés par le Conseil fédéral. Le crédit-cadre est décidé pour une période minimum de quatre ans. La politique du Conseil fédéral pouvait s'appuyer jusqu'à ce jour sur des crédits de paiement d'environ 200 millions de francs pour une période de quatre ans. Il souhaite disposer d'une marge de manœuvre de 40 millions de francs supplémentaires dans le cadre de sa politique de gestion des crédits d'engagement. La libération des crédits de paiement est de la compétence des Chambres fédérales qui décideront des montants annuels inscrits au budget.

Par 16 voix contre 5, la commission s'est ralliée au projet du Conseil fédéral et vous suggère de voter le crédit-cadre de 240 millions de francs.

Schlüer Ulrich (V, ZH): Im Namen der Minderheit und im Namen der SVP-Fraktion beantrage ich Ihnen, dem Ständerat zu folgen, also den Rahmenkredit auf 200 Millionen Franken zu begrenzen. Ich mache Sie auf Folgendes aufmerksam: Wenn Sie die heutige Ausgabe in diesem Geschäftsbereich berechnen, kommen Sie auf einen Jahresbedarf von 45 Millionen Franken. Ein Rahmenkredit für vier Jahre von 200 Millionen lässt also gegenüber den heutigen Aufwendungen sogar noch eine geringfügige Aufstockung zu. Wir fordern keine Kürzung, wir beantragen lediglich eine weniger starke Erhöhung als die Kommissionsmehrheit.

Ich möchte Sie ersuchen, jetzt realistisch zu sein und – finanzpolitisch realistisch – das zu beschliessen, was im Rahmen der gegebenen finanziellen Möglichkeiten liegt. Ich möchte Sie ersuchen, nicht mehr zu beschliessen – und das Mehr später in irgendeiner Sparrunde wieder zurückzunehmen. Wir sollten doch endlich so weit sein, dass wir wirklich bemessen können, womit wir auskommen können, womit wir das, was wir wollen, umsetzen können. Wir sollten aber nicht eine Mehrausgabe beschliessen, die wir später ohnehin wieder zurücknehmen müssen.

Ich möchte Sie bitten, die realistische Vorgabe des Ständerates zu übernehmen und beim Betrag von 200 Millionen Franken zu bleiben – das ist, wie gesagt, immer noch mehr, als wir heute ausgeben.

Müller-Hemmi Vreni (S, ZH): In der Frühjahrssession hat der Nationalrat überaus deutlich – nämlich mit 120 zu 27 Stimmen – dem Antrag des Bundesrates auf einen Rahmenkredit von 240 Millionen Franken zugestimmt. Damit hat dieser Rat den Entscheid des Bundesrates gestützt, bei der Friedens- und Menschenrechtsförderung etwas deutlicher als bis anhin einen klaren aussenpolitischen Schwerpunkt zu setzen. Dafür einen Rahmenkredit von 240 Millionen Franken für vier Jahre zu sprechen – dies möchte ich noch einmal unterstreichen – ist eigentlich nicht überrissen. Kollege Dick Marty hat im Ständerat dazu den Vergleich mit den 130 Millionen Franken gemacht, welche die Schweizer Armee jährlich allein für Munitionseinkäufe ausgibt.

Die SP-Fraktion – ich bin auch Fraktionssprecherin – steht zu diesem Grundsatzentscheid, weil sie diese aussenpolitische Priorität unterstützt. In Frieden und Menschenrechte zu investieren, lohnt sich. Ich weise unter anderem auf die Genfer Initiative hin. Wenn wir es dank diesem friedenspolitischen Engagement der Schweiz schaffen, einen Frieden im Nahen Osten zu erreichen, dann werden wir künftig z. B. mehrere zehn Millionen Franken pro Jahr nicht mehr aufwenden müssen, die wir heute im Bereich der Unterstützungshilfe für die palästinensische Bevölkerung leisten.

Diese 240 Millionen Franken stimmen aber auch mit dem Entlastungsprogramm überein. Ich erinnere daran, dass das EDA querdurch Einsparungen vorgenommen hat, auch im Bereich der zivilen Friedens- und Menschenrechtsförderung. Dieser Rahmenkredit entspricht also nicht einer Mehraus-

gabe, sondern er ist eine EDA-interne Prioritätensetzung und entspricht damit auch einer Umlagerung. Weiter gilt es zu beachten, dass wir hier ja neu einen Rahmenkredit per Gesetz, das wir in der Differenzbereinigung nachher noch behandeln, einführen. Warum? Weil Friedensförderung und Menschenrechtsseinsatz langfristige Engagements voraussetzen, weil damit eben auch mehrjährige finanzielle Verpflichtungen eingegangen werden müssen. Und ein Rahmenkredit – auch dies ist quasi systemimmanent, und dieser Rahmenkredit geht bis 2007 – muss auch einen Pufferbeitrag für Verpflichtungen enthalten, die in die Anschlussperiode hineingehen. Diese 240 Millionen Franken sind deshalb eben nicht gleichbedeutend mit 240 Millionen Franken Zahlungskrediten; das wissen alle Finanzspezialisten besonders gut.

Der Ständerat hat mit seinem Entscheid für 200 Millionen Franken der vom Nationalrat im Frühling deutlichst unterstützten Prioritätensetzung eine Absage erteilt. Das Herunterdrücken des Rahmenkredites auf 200 Millionen bedeutet, dass für die nächsten vier Jahre der Status quo eingefroren wird, dass also der Bundesrat und das EDA diese aussenpolitische Priorität hier eben so nicht setzen können. Es bedeutet auch, dass effektiv lediglich etwa 180 Millionen Franken für Zahlungskredite zur Verfügung stehen.

Mit meinem Eventualantrag für einen Rahmenkredit von 220 Millionen Franken baue ich eine Brücke für einen Kompromiss zwischen beiden Räten. Ich zähle dabei auf die Kombination von aussenpolitischer und finanzpolitischer Vernunft. Mit 220 Millionen Franken können nämlich die gemäss Entlastungsprogramm bewilligten Zahlungskredite von rund 200 Millionen in der Periode 2004 bis 2007 eingesetzt werden, und es bleibt eben ein Puffer von 20 Millionen für die Sicherung des Überganges in die Periode 2008 bis 2011.

Für den Fall, dass der Antrag der Mehrheit der APK unterliegt, beantrage ich Ihnen also, diesen Kompromiss zu unterstützen, der es auch dem Ständerat erlaubt, uns einen Schritt entgegenzukommen, und ich beantrage Ihnen, den Minderheitsantrag abzulehnen.

Müller Geri (G, AG): Wir verhandeln hier über einen Rahmenkredit, der für die nächsten vier Jahre bewilligt werden soll. In der Vorberatung in der Kommission hat mein ehemaliger Fraktionskollege Ruedi Baumann sogar 300 Millionen Franken gefordert.

Ganz kurz die Argumentation: Es ist nie genügend Geld in die Sicherheit einer Weltlage investiert, die instabiler ist denn je. Es wurde auch ein Verweis auf die guten internationales Beziehungen der Schweiz zum Ausland gemacht; sie wirken sich dann auch positiv auf die Situation in der Schweiz aus, auch auf die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz. Wenn man jetzt also sagt, der Kredit sei bereits zu hoch und es sei bereits jetzt schon Luft drin, dann ist das eine defensive Haltung in einem Geschäft, in dem die Haltung eigentlich offensiv sein sollte, denn es soll, wie gesagt, eigentlich eine Investition in die Zukunft sein.

Auf dem internationalen Markt der zivilen Konfliktbearbeitung und Menschenrechtsförderung – wenn man das so sagen kann – braucht es Professionalität, Sachkompetenz. Um diese aufzubauen, braucht es eine Mindesthöhe an Beiträgen; da ist kein Sparpotenzial. Diese massvollen Erhöhungen sind auch finanzpolitisch gesehen überhaupt keine Wahnsinnstat. Wenn wir die Schweiz mit anderen Ländern vergleichen, die sich ebenso für die Friedensförderung einsetzen, sind die Beiträge der Schweiz prozentual tiefer als diejenigen einiger nordischer Länder.

Ich erinnere mich an die Debatten, die wir im Zusammenhang mit der SVP-Initiative gegen den so genannten Asylrechtsmissbrauch geführt haben. Viele meiner Gegnerinnen und Gegner auf dem Podium sagten: Wir würden gerne in die Konfliktbewältigung, in die Friedensförderung investieren, statt hier 2 Milliarden Franken den Anwälten zu geben. Jetzt kommt der Lackmustest, hier können Sie beweisen, was Sie machen möchten.

Bitte unterstützen Sie den Antrag der Mehrheit auf 240 Millionen Franken oder natürlich den Eventualantrag Müller-Hemmi auf 220 Millionen Franken. Aber fangen wir hier nicht zu «märteln» an, bleiben wir bei dem, was wir wirklich brauchen könnten.

Dupraz John (R, GE): La gestion civile des conflits et de promotion des droits de l'homme est certainement un des domaines où la Suisse excelle.

Si, en commission, le groupe radical-libéral soutenait la minorité, nous estimons que dans cette affaire-là, comme dans d'autres, nous devons rechercher des compromis acceptables et le groupe radical-libéral, dans un esprit constructif et dans cette recherche de compromis qui devra guider nos travaux et nos réflexions tout au long de cette législature, se rallie à la proposition Müller-Hemmi, qui est à mi-chemin entre 240 et 200 millions de francs, à savoir 220 millions de francs. Nous estimons que cette solution permet au Conseil des Etats de se rallier à cette proposition et de trouver une solution acceptable pour ce crédit-cadre.

Voilà la proposition que je fais au nom du groupe radical-libéral.

Calmy-Rey Micheline, conseillère fédérale: La promotion de la paix et des droits de l'homme occupe une place centrale dans notre politique extérieure, comme le prescrit par ailleurs la Constitution. Les Chambres fédérales ont à plusieurs reprises rappelé dans le passé à quel point elles tenaient à ce que la Suisse soit crédible sur ce terrain.

Vous avez clairement indiqué, le 20 mars 2003, que vous partagiez l'appréciation du Conseil fédéral et étiez prêts à mettre à sa disposition les 240 millions de francs qu'il vous demande pour la période 2004–2007. Le Conseil des Etats a ramené ce montant à 200 millions de francs, et votre commission a vérifié une nouvelle fois que la somme demandée était bien justifiée, et qu'elle tenait convenablement compte de la situation des finances fédérales. Là encore, elle est arrivée à la même conclusion que le Conseil fédéral.

Ce chiffre représente un compromis financier raisonnable qui permettra à la Suisse de mener une action crédible de promotion civile de la paix et des droits de l'homme, domaines dans lesquels on lui reconnaît à l'échelle internationale des atouts et des compétences particulières. Et c'est sur ce crédit-cadre que le Département fédéral des affaires étrangères a pu apporter un soutien logistique et financier à l'Initiative de Genève en faveur d'un règlement pacifique du conflit au Proche-Orient. Cet exemple, comme bien d'autres encore, montre que la Suisse possède un potentiel en ce qui concerne le règlement des conflits, et je vous demande de pouvoir exploiter ce potentiel là où nous le pouvons, car cela nous donne les moyens de mieux nous faire entendre et, par conséquent, un poids politique plus important.

Les demandes de médiation se sont multipliées depuis le milieu des années 1980, tout comme les résolutions du Conseil de sécurité depuis les années 1990, et maintenant les plaintes en violation des droits de l'homme. Les besoins augmentent donc dans le monde, et la Suisse se doit d'y répondre. Pourtant, elle le fait nettement moins que des pays comparables comme la Norvège, la Finlande, la Suède et l'Autriche. Et en faire moins signifie avoir moins de poids politique, moins de visibilité; et ça signifie que nos intérêts économiques et de sécurité sont moins bien défendus.

Sur la question financière, c'est-à-dire sur le volume du crédit, les ressources affectées à la promotion civile de la paix et des droits de l'homme ont été massivement réduites dans le cadre du programme d'allègement budgétaire 2003. Ces coupes – 2 millions de francs pour 2005; 4,5 millions de francs pour 2006; 7,5 millions de francs pour 2007 – vont déjà considérablement entraver le développement de ces domaines prioritaires de notre politique extérieure.

Au surplus, le Conseil fédéral a décidé que le financement des trois centres de Genève serait pris en charge conjointement, à compter du 1er janvier 2004, par le Département fédéral des affaires étrangères et par le Département fédéral

de la défense, de la protection de la population et des sports. Mais le DFAE n'a pas reçu de ressource supplémentaire à cet effet, ce qui veut dire qu'il a dû prélever sur des crédits qu'il prévoyait d'affecter à la promotion civile de la paix et des droits de l'homme. Dans l'ensemble, les crédits de paiement 2004–2007 destinés à des mesures de promotion civile de la paix ont été réduits de 28 millions de francs au total, soit un redimensionnement de 12 pour cent par rapport aux intentions initiales du Conseil fédéral.

Je crois qu'il convient, à ce stade, pour évaluer les propositions qui nous sont faites, de faire une distinction claire entre les crédits d'engagement et les crédits de paiement. Le crédit d'engagement, celui qui est soumis aujourd'hui à votre approbation, est une autorisation de procéder à des engagements financiers jusqu'à un montant total donné, en l'occurrence 240 ou 220 millions de francs. Cependant, les paiements effectifs ne pourront être effectués que s'il existe parallèlement des crédits de paiement qui figurent dans les budgets successifs, et donc qui seront soumis année après année à votre approbation. Le cumul des paiements qui sont prévus dans les budgets successifs pour la période en cause ascende à un total de 200 millions de francs. C'est le total des crédits de paiement.

On vous demande un crédit d'engagement un peu plus élevé que ces crédits de paiement. Pourquoi? Parce qu'il n'y a pas adéquation entre les périodes de paiement et les périodes d'engagement et qu'il nous faut une marge de manœuvre pour pouvoir gérer les programmes sur plusieurs années. L'avantage principal des crédits d'engagement est un avantage sur le plan de gestion, mais ça ne conduira pas à un franc d'économie supplémentaire, que vous votiez un crédit de 240 ou de 220 millions de francs. Ceci étant, je pourrais admettre une marge de manœuvre réduite. En cas de besoin, si véritablement les crédits d'engagement devaient insuffisants, j'aurais la possibilité de présenter une demande de crédit complémentaire plus tôt que prévu.

Je pourrais me rallier à la proposition des 220 millions de francs.

Gysin Remo (S, BS), für die Kommission: Lassen Sie mich aus dem Blickwinkel der Kommission ganz kurz die Geschichte zusammenfassen: Die Kommission setzt sich mit 16 zu 5 Stimmen für einen Rahmenkredit über 4 Jahre mit einem Betrag von 240 Millionen Franken ein. Wir haben den Eventualantrag nicht diskutiert. Die 240 Millionen sind sicher angebracht – wenn ich zum Vergleich eine Zahl nennen darf: Wir haben jährlich Militärausgaben in der Grösse von 4 Milliarden Franken. Da sind die 240 Millionen Franken für die Friedensförderung sicher nicht zu viel.

200 Millionen Franken, wie sie der Ständerat und die Minderheit beantragen, lehnen wir mit 16 zu 5 Stimmen klar ab. Ich bitte Sie wirklich, der Minderheit nicht zu folgen. Der Eventualantrag Müller-Hemmi lag der Kommission, wie gesagt, nicht vor. Aber wir haben über den Kompromiss mit dem Ständerat auch schon nachgedacht. Jetzt geht es eigentlich darum, ob wir den Kompromiss vorziehen und hier zusammen einen möglichst grossen Konsens erreichen oder ob wir den Kompromiss auf die Einigungskonferenz verschieben. Ich habe keinen Auftrag, aber ich denke, es folgt der Logik, wenn wir hier einen möglichst grossen Konsens erreichen können und uns auf 220 Millionen Franken einigen. Das ist das, was ich persönlich Ihnen vorschlage. Ich überschreite hier den Auftrag der Kommission, aber ich folge der Diskussion, und ich könnte Ihnen mit gutem Gewissen den Kompromiss von 220 Millionen Franken nahe legen.

Bundesbeschluss über einen Rahmenkredit für Massnahmen zur zivilen Konfliktbearbeitung und Menschenrechtsförderung

Arrêté fédéral concernant l'ouverture d'un crédit-cadre pour des mesures de gestion civile des conflits et de promotion des droits de l'homme

Art. 1 Abs. 1

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Schlüer, Dupraz, Fischer, Frey, Stamm)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Eventualantrag Müller-Hemmi

.... wird ein Rahmenkredit von 220 Millionen Franken

Art. 1 al. 1

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Schlüer, Dupraz, Fischer, Frey, Stamm)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition subsidiaire Müller-Hemmi

Un crédit-cadre de 220 millions de francs

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Minderheit 92 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit 85 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Eventualantrag Müller-Hemmi 116 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 61 Stimmen

Le président (Binder Max, président): J'ai le plaisir d'adresser mes félicitations à notre ancienne présidente, Madame Liliane Maury Pasquier, qui fête aujourd'hui son anniversaire. Je lui présente tous mes voeux pour l'avenir. (*Applaudissements*)

02.077

**Massnahmen
zur zivilen Friedensförderung
und Stärkung der Menschenrechte.
Bundesgesetz**

**Mesures de promotion civile
de la paix et de renforcement
des droits de l'homme.
Loi fédérale**

Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 23.10.02 (BBI 2002 7611)
Message du Conseil fédéral 23.10.02 (FF 2002 7063)

Nationalrat/Conseil national 20.03.03 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 20.03.03 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 30.09.03 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 16.12.03 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 17.12.03 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 19.12.03 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 19.12.03 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 1 (BBI 2003 8205)

Texte de l'acte législatif 1 (FF 2003 7475)

Schmid Walter (V, BE), pour la commission: Je me réfère aux articles 3 et 10 essentiellement pour préciser le sens des divergences.

A l'article 3 alinéa 1 lettre d, il est précisé, dans le projet du Conseil fédéral, que la Confédération peut «créer des associations ou fondations de droit privé ou y participer». Le Conseil des Etats a décidé de biffer cette précision. La majorité de votre commission ne partage pas l'avis des sénateurs et vous propose de maintenir cette formulation et de donner raison au Conseil fédéral.

A titre de simplification, je dirai que cet article 3 alinéa 1 lettre d est en fait la «lex des trois centres de Genève», à savoir le Centre de politique de sécurité, le Centre international de déminage humanitaire et le Centre pour le contrôle démocratique des forces armées. Pour financer les trois centres de Genève, le DDPS s'est appuyé jusqu'à ce jour sur un article de la loi fédérale sur l'armée et l'administration militaire, mais l'intention est de créer ici la base légale servant de justification aux mesures de promotion civile de la paix. La loi ne cherche pas à créer de nouveaux besoins, mais vise seulement à simplifier les textes normatifs existants.

Par 12 voix contre 5, la commission vous propose de maintenir notre décision, donc de soutenir le projet du Conseil fédéral.

A l'article 6 alinéa 2, ce sont les mêmes arguments qui prévalent.

A l'article 10 alinéas 1, 2 et 3, la divergence porte sur l'institution d'une commission consultative de la promotion civile de la paix et du renforcement des droits de l'homme. Le Conseil fédéral souhaite instituer une telle commission sur laquelle il peut s'appuyer. Le Conseil des Etats, lui, estime que le Conseil fédéral est à même de mener sa politique sans s'appuyer sur une telle commission.

Votre commission, par 17 voix contre 2 et avec 1 abstention, vous prie de maintenir notre décision, et donc de suivre le Conseil fédéral.

Gysin Remo (S, BS), für die Kommission: Sie haben es gehört: Im Bundesgesetz über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte sind eigentlich nur zwei Problembereiche offen. Zur Diskussion stehen erstens die Kompetenz des Bundes zur Gründung von Vereinen und Stiftungen und zweitens die Frage, ob wir dem Bundesrat die Kompetenz geben sollen, eine beratende Kommission einzusetzen oder nicht.

Zur zweiten Frage – sie wird in Artikel 10 behandelt – werde ich in der Detailberatung Stellung nehmen. Vorweg meine Stellungnahme zu den Artikeln 3 und 6 bzw. zur Frage der Kompetenz des Bundes: Soll er Vereine und Stiftungen im Zusammenhang mit der Friedensförderung gründen dürfen? Wenn Sie Beispiele wollen, wie das etwa aussehen könnte, darf ich an die drei Genfer Zentren erinnern. Für den Fall, dass sich verschiedene Partner, verschiedene Länder, auf ein gemeinsames Vorgehen in der Friedensförderung einigen können, ist sicher leicht einsehbar, dass es dazu auch ein Gefäss braucht, wie bei den Genfer Zentren, und dass man dazu eben eine private Vereinigung oder eine Stiftung gründet. Dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden. Ich würde so weit gehen zu sagen: Auch wenn das nicht explizit im Gesetz erwähnt wäre, hätte der Bundesrat selbstverständlich die Möglichkeit, solche Vereine und Stiftungen zu gründen. Er macht das auch. Aber hier haben wir die Möglichkeit, ihm explizit die Kompetenz zu geben.

Die Kommission beantragt mit 12 zu 5 Stimmen, hier festzuhalten und dem Bundesrat die Kompetenz tatsächlich zuzusprechen. Ich möchte daran erinnern, dass der Nationalrat diesem Ansinnen bereits mit 111 zu 18 Stimmen zugestimmt hat. Wir sollten unbedingt dabei bleiben und hier dem Bundesrat nicht Fesseln anzulegen, wo es Flexibilität braucht.

Ich bitte Sie also, die Anträge der Minderheit Schläer abzulehnen.

Schläer Ulrich (V, ZH): Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, bei den Artikeln 3 und 6 der Minderheit und dem Ständerat zu folgen. Der Ständerat will keine formelle Zusammenarbeit zwischen Bund und NGO. Die Betonung liegt auf «formeller Zusammenarbeit». Wir sind der Auffassung,

